

Nicht Götzen, sondern dem Leben dienen!

Selbstverständigungspapier des „Ökumenischen Netzes in Deutschland“ (ÖNiD)

Inhalt

O. Woher wir kommen – wer wir sind	1
1. Verschärfung gesellschaftlicher Krisen und Widerstand.....	2
1.1 Soziale Spaltung	2
1.2 Krise der Arbeit	2
1.3 Fortlaufende Zerstörung der Schöpfung.....	3
1.4 Alte und neue Formen der Gewalt.....	3
1.5 Widerstand.....	3
2. Von der Kritik neoliberaler Globalisierung zur Kapitalismuskritik.....	4
2.1 Globalisierung als Krisenverschärfung	4
2.1.1 Deregulierung, Privatisierung, Kostensenkung in der Logik des „totalen Marktes“	4
2.1.2 Eine veränderte Rolle des Staates.....	4
2.2. Von der Globalisierungs- zur Kapitalismuskritik.....	5
3. Tendenzen zur Totalisierung mit einer zerstörerischen Dynamik.....	5
4. Der Kapitalismus fordert unseren Glauben heraus.	6
5. Perspektiven für ein Ökumenisches Netz in Deutschland (ÖNiD).....	8

O. Woher wir kommen – wer wir sind

Die Ökumenischen Netze in Deutschland setzen sich im Rahmen des „Konziliaren Prozesses gegenseitiger Verpflichtung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ ein. Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung signalisieren die Überlebensfragen der Menschheit und die Herausforderungen für die christlichen Kirchen. Sie stehen für den Glauben an Gott als Schöpfer der Welt und des Menschen als seines Ebenbildes. In dem Glauben an Gott als Vater und Mutter aller Menschen-geschwister, der Israel aus der Sklaverei befreit und seinen gekreuzigten Messias zum Anfang einer neuen Welt gemacht hat, ist der Gedanke des Rechtes auf Leben und Würde für alle Menschen, besonders für die Armen und Entrechteten verwurzelt.

Im Rahmen des Konziliaren Prozesses übernehmen Basisgruppen, Einrichtungen und Einzelpersonen vor Gott und den Menschen in vielfältigen Bereichen bewusst Verantwortung für die Schöpfung und das Leben der Menschen. Die Beteiligung an politischen Prozessen, z.B. in Europa

1989/90 und in Südafrika sowie der Einsatz für die Entschuldung von Ländern der Zweidrittelwelt und gerechten Handel, Initiativen für Flüchtlinge, Engagement gegen vielfältige Formen der Zerstörung der Natur, gegen Sozialabbau und Militarisierung waren und sind wichtige Aktivitäten im Konziliaren Prozess.

Dennoch stellt die ökumenische Bewegung – trotz all ihres Engagements – immer neues Elend, immer neue Formen der Gewalt und immer neue Zerstörungen der Lebensgrundlagen fest. Deshalb sehen wir eine besondere Herausforderung darin, die Einzelfelder, an denen sich viele abarbeiten, in einem größeren gesellschaftlichen und geopolitischen Zusammenhang zu reflektieren. Diesen Zusammenhang erkennen wir im kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensmodell, das im Rahmen der Globalisierung weltweit durchgesetzt wird. Seine wirtschaftliche, politische und kulturelle Dynamik produziert immer neue Verwerfungen und erweist sich immer deutlicher als eine scheinbar unüberwindliche Blo-

ckade für notwendige Veränderungsprozesse.

Dies fordert uns heraus, das kapitalistische Wirtschafts- und Lebensmodell mit seinen imperialen Zuspitzungen, seine tödlichen Folgen und seine Tendenzen zur Selbstverabsolutierung mit dem Glauben an den Gott der Bibel zu konfrontieren, der für das Leben aller Menschen und die Integrität der Schöpfung steht. Diese Herausforderungen nehmen wir an im Einklang mit den Beschlüssen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), dem Reformierten Weltbund (RWB) und dem Lutherischen Weltbund (LWB). Sie haben den Konziliaren Prozess zu einer Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung und zu einer Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt weiterentwickelt. Beide Prozesse sollen nach dem Vorschlag einer gemeinsamen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Christlichen Kirchen (ACK) und der ökumenischen Basisgruppen in Deutschland im Sinn des Konziliaren Prozesses zusammengeführt werden (Agenda von Freising). Das entspricht den Beschlüssen der Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre, nach denen die beiden Prozesse zwei der vier zukünftigen Programmschwerpunkte bilden, die nicht mehr isoliert, sondern in Wechselwirkung miteinander fortgeführt werden sollen.

1. Verschärfung gesellschaftlicher Krisen und Widerstand

Globale und innergesellschaftliche Spaltungsprozesse kennzeichnen die Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten. Die Aufspaltung in ausgegrenzte Verlierer und dominante Profiteure ist dabei, fast flächendeckend die Grundlagen des Zusammenlebens zu zerstören. Zugleich bilden sich Gegenkräfte gegen die weltweite Durchsetzung einer neoliberalen Politik. Sie machen deutlich, dass diese nicht widerspruchs- und widerstandslos akzeptiert wird.

1.1 Soziale Spaltung

Das reichste und das ärmste Fünftel der Weltbevölkerung trennt heute ein Graben,

der bei einem Wohlstandsverhältnis von 100:1 angelangt ist. 1960 belief sich dies noch auf 30:1. Die Hälfte der Weltbevölkerung hat auch heute noch mit weniger als 2 US-\$ pro Tag auszukommen. Selbst in den ökonomisch aufstrebenden Boomländern profitiert in aller Regel nur eine Minderheit am wachsenden Reichtum.

Soziale Spaltungsprozesse prägen inzwischen auch die Gesellschaften im Norden. Europaweit werden Systeme sozialer Sicherheit abgebaut bzw. privatisiert. Dieser Ab- bzw. Umbau des Sozialstaates wird verursacht durch Steuerentlastungen für Unternehmen und Vermögende. Die Folge davon ist wachsende Armut und soziale Desintegration bei gleichzeitig wachsendem privatem Reichtum.

1.2 Krise der Arbeit

Wesentlicher Hintergrund für die Prozesse von Verarmung und sozialer Desintegration ist die sog. Krise der Arbeit. Mit immer weniger Menschen können in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren produziert und Dienstleistungen angeboten werden. Dies reduziert die Nachfrage nach Arbeit. Statt die Produktivitätsgewinne zur Arbeitszeitverkürzung bei gerechter Verteilung der Arbeit zu nutzen, werden sie jedoch zur Reichtumsvermehrung der Kapitaleigner abgesaugt. Für immer mehr Menschen bedeutet das: Sie werden für Lohnarbeit ‚überflüssig‘ und damit gesellschaftlich ausgegrenzt. Wer ‚überflüssig‘ ist, ist nicht mehr „produktiv“ (im Sinne dieses Wirtschaftssystems), sondern wird zum belastenden Kostenfaktor. Wer eine Chance auf Arbeit haben will, steht unter dem Zwang, sich den Verwertungsbedingungen für seine Arbeitskraft zu beugen. Er muss in der Lage sein zu konkurrieren, d.h., reale Lohneinbußen, längere Arbeitszeiten, Verdichtung der Arbeitsprozesse, Abbau von Arbeitnehmerrechten und vieles mehr hinzunehmen. Genau dies fordert die politische Klasse, wenn sie nahezu einhellig die Parole ausgibt: Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit. Die unweigerliche Konsequenz hieraus lautet: Armut trotz Arbeit und einen wachsenden Sockel an Arbeitslosigkeit.

1.3 Fortlaufende Zerstörung der Schöpfung

Trotz aller Bekenntnisse zu einer „nachhaltigen Entwicklung“ sind derzeit keinerlei Anzeichen für eine Abkehr von der Vorstellung unbegrenzten Wachstums zu registrieren. Im Gegenteil, immer mehr natürliche Ressourcen wie Wasser oder die Gene von Pflanzen und Tieren geraten unter den Druck schutz- und schrankenloser Aneignung. Angesichts der absehbaren Grenzen fossiler Energieträger und der aus deren Verbrennung resultierenden Klimafolgen (‚Treibhauseffekt‘) gefährden die derzeitige Produktionsweise und der mit ihr verbundene Lebensstil die Grundlagen des Lebens. Dabei sind wieder einmal die Armen in den Ländern des Südens die ersten Opfer ökologischer Katastrophen. Damit wird deutlich, wie sehr die Zerstörung der Schöpfung mit der Frage nach Gerechtigkeit verbunden ist.

1.4 Alte und neue Formen der Gewalt

Träumten einige nach dem Ende des kalten Krieges von einer Friedensdividende, so müssen wir nun ernüchert feststellen: Die Länder der Nato führen Krieg und treiben Prozesse der Militarisierung voran. Dabei steht die militärische Entwicklung und ihre Doktrin nicht mehr im Dienst der Landes-, sondern der wirtschaftlichen und politischen Interessenverteidigung. Neben den USA ist auch Europa dabei, eine aggressive Außen- und Militärpolitik vorzubringen, die im Widerspruch zu unserem Grundgesetz steht und deshalb durch eine neue EU-Verfassung legitimiert werden soll. Dabei ist vieles möglich geworden, was noch vor Jahren als undenkbar erschien: vom Abbau von Bürgerrechten über das ‚Outsourcing der Folter‘ bis hin zu geheimdienstlich-polizeilicher Zusammenarbeit. Der ‚Krieg gegen Terrorismus‘ dient dabei als willkommene Legitimation. Im Süden machen sich private Kriegsherren (‚Warlords‘) die staatlichen Zerfallsprozesse zunutze. Für die ‚überflüssig‘ Gemachten wird der Dienst bei einem ‚Warlord‘ oftmals zu einer durch die Verhältnisse erzwungenen Überlebensstrategie.

1.5 Widerstand

Überall auf der Welt regt sich Widerstand gegen die tödlichen Konsequenzen der neoliberalen Globalisierung. Immer mehr Menschen nehmen Ausgrenzung und Zerstörung der Lebensgrundlagen nicht widerspruchslos hin, sondern suchen in individuellen und kollektiven Strategien nach Überlebensmöglichkeiten und Alternativen des Lebens. Dies zeigt sich im Widerstand gegen Landenteignungen, gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, gegen miserable Arbeitsbedingungen in den weltweit eingerichteten sog. freien Produktionszonen, gegen den Abbau sozialer Sicherungssysteme oder auch in der Migration in die „reichen“ Länder. In sozialen Bewegungen formiert sich Widerspruch und Protest in lokalen und globalen Sozialforen, in Aktionen gegen Militarisierung und Krieg und auch in der Entwicklung einer nachhaltigen und solidarischen Wirtschafts- und Lebensweise. An verschiedenen Orten und oft auch mit einander vernetzt formiert sich Widerstand und experimentieren Menschen mit Gegenentwürfen.

Wo Widerstand artikuliert wird, werden die Widersprüche der neoliberalen Globalisierung zwischen Versprechen und Realität wie in einem Brennglas sichtbar. Politik und Wirtschaft reagieren mit Strategien der Vereinnahmung und Integration von Teilforderungen dort, wo bestehende Machtstrukturen nicht in Frage gestellt und Profite nicht geschmälert werden (Schuldenerlass und Unternehmenskodizes). Sie reagieren aber zunehmend auch mit Repression (polizeiliche Niederschlagung von Protest), Eindämmung (Migrationskontrolle), Begrenzung von Widerständen auf eine „lokale“ Problematik und Steuerung der öffentlichen Wahrnehmung („Du bist Deutschland“). In diesem Prozess von Widerstand und Reaktion ist durchaus offen, ob aus den lokalen Widerständen und den Ansätzen zu einer Internationalisierung des Widerstands ein globaler Widerstandszyklus wird. Für die Entstehung eines „Flächenbrands des Widerstands“, eines globalen Widerstandszyklus, ist entscheidend, dass Menschen in ihrem Widerstand vor Ort die globale Perspektive zum Ausdruck

bringen, also ihren lokalen Protest im Zusammenhang des Protests gegen globale Ungerechtigkeit, gegen globalen Unfrieden und gegen globale Zerstörung artikulieren. Dann können Menschen an anderen Orten das „Gemeinsame“ in der Bedrohung und im Protest gegen diese Bedrohung erkennen.

2. Von der Kritik neoliberaler Globalisierung zur Kapitalismuskritik

ÖRK, RWB und LWB haben die beschriebene Entwicklung analysiert, mit biblisch-theologischen Einsichten konfrontiert und sind auf Initiative von VertreterInnen des Südens zu einer klaren theologisch begründeten Ablehnung des neoliberalen Kapitalismus vorgestoßen. Viele europäische Kirchen aber tabuisieren die Diskussion über Neoliberalismus, Kapitalismus und Imperium. Sie behaupten, Europa orientiere sich an der „sozialen Marktwirtschaft“. Diese müsse nur als Modell für eine verantwortlich gestaltete Globalisierung in den „Dialog“ mit den Mächtigen in Wirtschaft und Politik eingebracht werden. Dabei wird die Auseinandersetzung mit Globalisierung ausschließlich auf eine ethische Frage reduziert und die theologische Herausforderung ebenso ignoriert wie die politisch-strukturellen Veränderungsnotwendigkeiten. Deshalb stehen die ökumenischen Basisbewegungen in Europa in der Pflicht, die Diskussion über die von der weltweiten Ökumene gestellten Fragen zunächst stellvertretend aufzunehmen, um Kirchen, Politik und Öffentlichkeit begründet herausfordern zu können, sich diesen Fragen zu stellen. Folgende Sichtweise ist dabei bisher erreicht worden:

2.1 Globalisierung als Krisenverschärfung

2.1.1 Deregulierung, Privatisierung, Kostensenkung in der Logik des „totalen Marktes“

Mit der gegenwärtigen Globalisierung und der Durchsetzung der mit ihr verbundenen neoliberalen Leitvorstellungen verschärfen sich die sozialen, politischen und ökologischen Krisen und Konflikte. Die Strategien

der Deregulierung führen zu einem weltweiten Abbau sozialer und ökologischer Regulierungen. Sie machen Menschen schutzlos und geben die Schöpfung zur Ausbeutung frei. Im Kontext neoliberaler Globalisierung werden Menschen und ihre sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen immer schärfer den Gesetzen des Marktes, d.h. der Logik der Reichtumsvermehrung für Kapitaleigner unterworfen. Durch Privatisierung werden grundlegende Lebensgüter wie Nahrungsmittel, Wasser, soziale Sicherheit, Bildung und Gesundheit für immer mehr Menschen zu unerschwinglichen Gütern. Auf dem Markt können nur diejenigen sich bedienen, die über entsprechende Kaufkraft verfügen. Nur zahlungsfähige Kunden haben Zugang zu den für ein Leben in Würde unverzichtbaren Gütern.

2.1.2 Eine veränderte Rolle des Staates

Entgegen einem weit verbreiteten Eindruck ist der Staat nicht einfach ohnmächtig den Prozessen neoliberal-kapitalistischer Globalisierung ausgesetzt. Vielmehr spielt staatliches Handeln dabei eine aktive Rolle. Dabei verändert der Staat einige seiner Funktionen. So erleben wir in den letzten Jahrzehnten einen Prozess der Abkehr vom ‚Sozialstaat‘ hin zu einem ‚nationalen Wettbewerbsstaat‘. Gesellschaften sollen als Standorte für den globalen Konkurrenzkampf um kostengünstigere Bedingungen für Produktion und Dienstleistungen ‚fit‘ gemacht werden. Vor diesem Hintergrund verzichtet der Staat auf Steuereinnahmen von Unternehmen und drosselt vor allem Ausgaben in sozialen Bereichen. ‚Reform‘ und ‚Modernisierung‘ werden im neoliberalen Kontext zu lebensfeindlichen Instrumenten, die auf das Ziel globaler Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind. Langwierige und unberechenbare demokratische Prozesse gefährden dieses Ziel. Daher führt die Zurichtung der Gesellschaften auf Wettbewerbsfähigkeit in letzter Konsequenz zur Erosion von Demokratie.

Der neoliberale Staat ist nicht einfach ein ‚schwacher Staat‘. Dieser Eindruck gilt nur für sozialstaatliche Funktionen. Der schwache Sozialstaat mutiert zu einem autoritären Sicherheitsstaat. Wachsende soziale

Desintegration und die mit ihr verbundenen Erfahrungen der Demütigung produzieren neue Formen von Gewalt, welche die Funktionsfähigkeit des globalen Marktes beeinträchtigen können. Die phantasielose Antwort neoliberaler Politik auf Prozesse der Eskalation von Gewalt ist Sicherheitspolitik. Sie fragt nicht nach Ursachen von Gewalt, sondern baut nach innen Sicherheitssysteme aus. Nach außen dient eine Politik der Militarisierung mit dem Ausbau der Armeen zu Interventionsarmeen dem Ziel, soziale Folgen der Globalisierung einzuhegen und die Funktionsfähigkeit des Weltmarktes zu sichern. Diese Strategie findet ihren Ausdruck in der Änderung der Verteidigungsdoktrin nationaler Armeen und der Nato. Danach dient das Militär nicht der Landesverteidigung, sondern der Interessenverteidigung. Zu diesen Interessen werden unverhohlen der Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen und die Aufrechterhaltung des ‚freien Weltmarktes‘ gezählt. Neoliberale Globalisierung wird polizeistaatlich und militärisch abgesichert.

2.2. Von der Globalisierungs- zur Kapitalismuskritik

Globalisierung und Neoliberalismus sind keine zufälligen Erscheinungen. Sie bezeichnen eine aktuelle Phase der neuzeitlichen kapitalistischen Entwicklung. Wie ist diese zu verstehen? Inwieweit kommt in ihnen die gegenwärtige Krise des Kapitalismus zum Ausdruck? Mit diesen Fragen werden wir uns verstärkt auseinandersetzen und eine Verständigung herbeiführen müssen.

Im Kapitalismus kommt es immer wieder zu Verwertungskrisen des Kapitals. Der Wettlauf um wettbewerbsfähigere, also effektivere Formen der Produktion zwingt zu immer höheren Investitionen in Sachkapital. Dies ermöglicht zwar einen enormen Produktivitätsfortschritt, dieser zeigt aber auch eine zerstörerische Dynamik als seine Kehrseite. Immer mehr Menschen werden als Arbeitskräfte für die Verwertung des Kapitals ‚überflüssig‘ gemacht und gesellschaftlich ausgegrenzt. Aufgrund geringer Kaufkraft kommen sie als Kunden für die immer schnellere und umfangreichere Produktion von Waren und Dienstleistungen

immer weniger in Frage. Weil angesichts der kapitalistischen Konkurrenz immer höhere Summen in Sachkapital investiert werden müssen, fürchten die Kapitaleigner, dass sie angesichts geringer werdender Nachfrage ihre hohen Renditen nicht mehr realisieren können. In dem mit der kapitalistischen Konkurrenz gegebenen Zwang zur permanenten und beschleunigten Steigerung der Produktivität werden folglich die arbeitenden Menschen und die Mitwelt, die Quellen des Reichtums, tendenziell zerstört.

Vor dem Hintergrund des verschärften Kampfes um Produktivitätsfortschritt im Dienst der Vermehrung des Kapitals erscheint Globalisierung als ein Prozess, in dem das Kapital neue und effektivere Akkumulationsmöglichkeiten in Raum und Zeit sucht.

3. Tendenzen zur Totalisierung mit einer zerstörerischen Dynamik

Der Konkurrenzkampf des Kapitals um immer effektivere und schnellere Möglichkeiten zur Akkumulation erfasst den gesamten Globus. Er unterwirft Menschen und Umwelt immer uneingeschränkter den Imperativen der Kapitalverwertung. Hierin zeigt der Kapitalismus seine totalisierenden Züge.

Für die Dynamik der Verwertung des Kapitals sollen tendenziell alle Grenzen fallen. Dabei wird der Globus ‚in Wert‘ gesetzt und dabei auch die vielfältigen Lebenswelten der Menschen der Logik der Kapitalakkumulation unterworfen. Der Verwertungsprozess bestimmt immer mehr menschliche Bedürfnisse, Arbeits- und Lebensweisen, Mentalitäten und Gewohnheiten. Soziale Sicherheit und Bildung, Gesundheit und Wasser, Lebensglück und auch ‚Religion‘ werden isolierten, aber über Kaufkraft verfügenden KundInnen angeboten. Kein verwertungsfreier Raum soll mehr übrig bleiben.

Die Prozesse der Ökonomisierung machen auch vor dem Menschen nicht halt. Es ist weitgehend gelungen, den ‚homo oeconomicus‘ als prägendes Menschenbild des „realistischen Menschen“ durchzusetzen. Er repräsentiert das Bild des für die Ver-

marktung seines ‚Humankapitals‘ und seine Daseinsvorsorge ‚eigenverantwortlichen‘ Individuums. ‚Mobil‘ und ‚flexibel‘ stellt er sich in den Dienst der Kapitalverwertung und interpretiert Fremdbestimmung als Selbstbestimmung und Selbstunterwerfung als individuelles Glück. Dabei werden die VerliererInnen traumatisiert. Die Gewinner verfallen der Sucht, der Selbstüberhöhung und der Spaltung ihrer Person. Die Mittelklassen geraten in Angst vor dem gesellschaftlichen Absturz, fallen in Depression und entwickeln Aggressionen gegen Sündenböcke. Dabei werden Empathie und Solidarität als „weiblich“ verachtet und brutales Durchsetzungsvermögen als „männlich“ verehrt.

Totalisierend zeigt sich der Kapitalismus auch in seinen ‚Heilsversprechen‘ und religiösen Inszenierungen. Die Gesetze des Marktes versprechen Wohlstand. Dafür müssen jedoch ‚Opfer‘ gebracht werden, die das Kapital ‚gnädig‘ stimmen und geneigt machen zu Heil bringenden Investitionen. Daran soll die Welt genesen. In den ‚Liturgien‘ des Kult-Marketing werden die Warenwelten als sinnstiftend inszeniert, und der Akt des Kaufens wird zum religiösen Erlebnis, zur aktiven Devotion.

Globalisierter Kapitalismus zielt darauf ab, den Globus immer markt- und warenförmiger zu machen. Dies zwingt zu immer neuen Anpassungsleistungen an den einzigen Zweck, den der Kapitalismus kennt: den der unendlichen und unbegrenzten Akkumulation des Kapitals um seiner selbst willen. Diesem irrationalen Selbstzweck werden Mensch und Natur ‚geopfert‘. In letzter Konsequenz schließt die destruktive Dynamik des Kapitalismus den kollektiven Selbstmord der Gattung Mensch und die Zerstörung des Lebens ein. Es ist ein Kriegs-Weltbild, mit dem wir hier konfrontiert sind.

Offensichtlich spürt jedoch eine wachsende Zahl von Menschen, dass entgegen aller Heilsversprechen die wirkliche Entwicklung des Kapitalismus mit einer Dynamik der Zerstörung verbunden ist. So ist es kein Zufall, dass in den letzten Jahren den utopischen Heilsversprechen die Behauptung an die Seite gestellt wurde: Es gibt keine Alternative! Dieser Satz wirkt bis in tages-

politische Auseinandersetzungen hinein als Fundamentaldogma einer Politik, die sich immer vorbehaltloser und uneingeschränkter in den Dienst der grenzenlosen und unendlichen Vermehrung des Kapitals stellt und den Globus den Gesetzen der ‚In-Wert-Setzung‘ unterwirft. Als Alternative zum Götzen Kapital darf es keinen Gott geben. Mit der Behauptung der Alternativlosigkeit soll Widerstand von vornherein als aussichtslos und unsinnig erscheinen.

4. Der Kapitalismus fordert unseren Glauben heraus.

Die ökumenischen Prozesse zur Auseinandersetzung mit der neoliberalen Globalisierung fordern uns als Christinnen und Christen heraus, uns angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen des Kapitalismus verstärkt auseinander zu setzen mit

- der Tatsache, dass immer mehr Menschen Opfer von Ausgrenzung und barbarischen Formen der Gewalt werden,
- der Erfahrung neuer und alter Formen patriarchaler Machtstrukturen in Kirche und Gesellschaft (z.B. Sexismus, Abwertung homo- und bisexueller Liebe und unterschiedlicher Geschlechteridentitäten),
- den deutlicher hervortretenden faschistoiden Zügen des neoliberalen Kapitalismus in Form von Schuldzuweisungen an die Opfer und von tätlichen Angriffen auf Ausgegrenzte und Minderheiten,
- der Bedrohung der Schöpfung und Mitwelt, durch die das Leben gerade auch für kommende Generationen aufs Spiel gesetzt wird,
- der Beobachtung, dass der Kapitalismus im Zuge der globalen Durchsetzung immer deutlicher ‚religiöse‘ Züge annimmt und sich zusehends totalisiert und verabsolutiert.

Es gibt hinreichend Anzeichen dafür, dass wir davon sprechen müssen, dass der Kapitalismus zur ‚alles bestimmenden Wirklichkeit‘ (Thomas Ruster) wird. In der Sprache der jüdisch-christlichen Tradition ge-

sprochen: Er nimmt den Platz Gottes ein und wird zum Götzen. Der Glaube an den Gott des Lebens, von dem die jüdisch-christliche Tradition erzählt, und die Herrschaft des Kapitals, das sich zur ‚alles bestimmenden Wirklichkeit‘ macht, werden zu nicht mehr überbrückbaren Gegensätzen.

Damit stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Christinnen, Christen und Kirchen zum Kapitalismus nicht mehr ausschließlich als ethische Frage nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Sie wird immer drängender zur theologischen Frage nach der Unterscheidung zwischen Gott und Götzen in unserer geschichtlichen Situation.

In der jüdisch-christlichen Tradition ist die Rede von Gott untrennbar mit der Leidensgeschichte von Menschen und ihrem Schrei nach Rettung und Befreiung verbunden. Diese Tradition macht empfindsam und wachsam gegenüber dem, was Menschen angetan wird. Sie findet sich nicht mit einer Welt ab, in der Menschen ausgegrenzt und gequält werden. Aus der Erfahrung mit Armut und Ausgrenzung, mit Gewalt und Unterdrückung entwickelt sie Bilder vom Menschen und dem Zusammenleben der Menschen, die der kapitalistischen Ausgrenzungs- und Verwertungslogik widersprechen. Es sind die Bilder vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit als Bilder von einer Welt, in der alle satt und des Lebens froh sind und alle Menschen um einen Tisch herum Platz haben. In diesen Bildern wird das Recht auf Leben für alle, d.h. das Recht auf Zugang zu den Mitteln, die Menschen zum Leben brauchen, ebenso anschaulich wie das Recht auf Anerkennung, d.h. auf Partizipation aller am gesellschaftlichen Leben. Das Recht auf Leben und Anerkennung gilt vor allem den Armen und Unterdrückten, also den Menschen, denen es verweigert wird. Sie sind der Maßstab für seine Verwirklichung. Diese Sicht wurzelt im Glauben an einen Gott, der als Vater und Mutter aller Menschen alle Menschengeschwister zu der einen Menschheit verbindet. Ausgrenzung und Unterdrückung sind ebenso ein Anschlag auf die Würde des Menschen wie eine Lästerung Gottes.

Dieser befreiende Gott des Lebens ist von den Götzen der Unterwerfung und des Todes zu unterscheiden. In biblischen Traditionen wird das, was von Menschen geschaffen wurde, um dann Macht über sie zu gewinnen, Götze genannt. Götzen verlangen Opfer, blindes Vertrauen und blinde Unterwerfung. Sie zerstören Leben, indem sie von Menschen das als Opfer fordern, was als Güter des Lebens ihnen gehört. Sie zerstören Freiheit, indem sie eine alternativlose Unterwerfung unter ihre vermeintliche Heilsmacht verlangen. Menschen sollen ihr Leben nicht selbst gestalten, sondern alles von der Unterwerfung unter die Götzen erwarten. So warnen die biblischen Traditionen in unterschiedlichen Zusammenhängen vor der Unterwerfung unter den Mammon (z.B. Ex 32; Mt 6, 24; Eph 5,5) und die totale Macht politischer Systeme (z.B. Dan 3, Offb 13).

Ein besonders eindringliches und uns herausforderndes Beispiel ist die im Buch Daniel (Dan 3) überlieferte Forderung nach Unterwerfung unter das goldene Standbild. Es ist Symbol der sich totalisierenden Herrschaft der hellenistischen Weltreiche. Der König als Verkörperung der politischen Macht lässt aus Gold – dem Symbol für Reichtum und wirtschaftliche Macht – ein Standbild anfertigen. Durch den Befehl, sich vor ihm niederzuwerfen und es anzubeten, gibt er ihm ideologische Macht und inthronisiert es zusammen mit den Reichspriestern als Götzen. In einem Götzendienst wird in Szene gesetzt, was die Wirklichkeit bestimmen und Gegenstand aktiver Devotion sein soll: Gold/Geld regiert die Welt. Und das ist politisch gewollt. Gold/Geld soll als ‚Gott‘, als ‚alles bestimmende Wirklichkeit‘ funktionieren. In solchen Situationen kann der Glaube an den befreienden Gott des Lebens nur im entschiedenen Widerspruch zu den Götzen des Todes gelebt werden.

Nach Zeugnissen des Zweiten Testaments sehen sich Christinnen und Christen mit der Reichsreligion des römischen Imperiums und ihrer Funktion, das Reich religiös zu überhöhen und so zu sichern, konfrontiert. Sie sind herausgefordert, sich für Christus und gegen den Kaiser zu entscheiden. Nicht der Kaiser, sondern der Gekreuzigte wird zum ‚Herrn und Gott‘ (Joh

20,28) und damit zum Zentrum der Gemeinde. Die Absage an den Kaiser und sein Imperium sind offensichtlich untrennbar mit dem Bekenntnis zu dem vom Imperium gekreuzigten, von Gott aber auferweckten und erhöhten Messias verbunden. Die Erhöhung des am Kreuz Erniedrigten stürzt die Mächtigen und ihre Imperien vom Thron. Diese Hoffnung wagt Maria in ihrem Lobgesang - dem sog. Magnificat (Lk 1,52) - auszusprechen.

An die Stelle der Pax Romana als Herrschafts- und Unterwerfungsordnung tritt als Alternative die Pax Christi (Lk 2,14). Deshalb kann es kein Fügen unter die Pax Romana geben. Nicht um Frieden mit der Pax Romana zu bringen, ist Jesus gekommen, sondern damit ein Riss entsteht quer durch die patriarchalen römischen Familien, in denen sich die Herrschaftsverhältnisse des Imperiums reproduzieren und widerspiegeln (Mt 10,34-39). Das hier begonnene Projekt einer herrschaftsfreien Geschwisterlichkeit sollte sich über das ganze Imperium ausbreiten und seine Herrschaft zum Einsturz bringen. Erst wenn die Macht des Imperiums gebrochen ist (Offb 18), können der neue Himmel und die neue Erde Wirklichkeit werden (Offb 21).

Daher gehörte es nicht zur Konsequenz, sondern zum Inhalt jüdisch-christlichen Bekenntnisses, der Reichsreligion des römischen Imperiums mit dem Kaiserkult als Zentrum und der alternativlosen Unterwerfung unter das Imperium als Inhalt zu widersagen und zu widerstehen. Erst das entschiedene Nein zu den Götzen des Imperiums eröffnete Freiräume und ließ Alternativen möglich werden.

Das „Ich widersage“ und das „Ich glaube“ haben nicht zufällig ihren Ort in der Liturgie, vor allem in der Tauf liturgie, die mit der Einführung und Aufnahme in die Christengemeinde verbunden ist. Dem Bösen, den Götzen des Todes, zu widersagen ist vom Bekenntnis des Glaubens an Gott nicht zu trennen. Das Nein zu den Götzen ist die Voraussetzung für das Ja zu Gott. An den Gott der Befreiung und des Lebens zu glauben geht offensichtlich nur in Widerspruch und Widerstand zu den Götzen, die Unterwerfung fordern und Tod produzieren.

Wir erinnern an diese biblischen Traditionen, weil wir uns durch eine Situation herausgefordert sehen, in der das Kapital immer deutlicher zum Götzen gemacht und der Kapitalismus sich als ökonomisches, politisches und kulturelles Lebensmodell zunehmend totalisiert. Allen Tendenzen zur totalen Unterwerfung der Welt unter das Ziel der Kapitalvermehrung für Eigentümer und allen Behauptungen der Alternativlosigkeit muss jüdisch-christliche Tradition in aller Entschiedenheit widersprechen, will sie ihr Bekenntnis, Gott sei ‚Herr‘ der Geschichte, nicht verraten. Die Rede von der ‚Herrschaft‘ Gottes steht für die Hoffnung auf Befreiung von Herrschaft und damit gegen die immer mehr Opfer fordernde Unterwerfung des Globus unter den Fetisch der Geldvermögensvermehrung als oberstem Ziel. Solange die Hoffnungen auf universale Gerechtigkeit und Solidarität nicht erfüllt sind, bleibt die Geschichte offen und damit auch offen für Alternativen ‚jenseits‘ dessen, was in der Logik der Kapitalakkumulation denkbar und machbar ist.

So haben wir allen Grund, der Selbstverabsolutierung des Kapitalismus mit unserer Behauptung zu widersprechen: Eine andere Welt ist nötig und sie ist möglich. Wenn eine andere Welt jedoch im Rahmen des Kapitalismus nicht möglich ist, brauchen wir Alternativen zum Kapitalismus.

5. Perspektiven für ein Ökumenisches Netz in Deutschland (ÖNiD)

Wenn wir das mit der Globalisierung des Kapitalismus verbundene Leid von Menschen wahrnehmen, wenn wir zudem feststellen müssen, dass der globalisierte Kapitalismus sich totalisiert, dann gehört das ‚Ganze‘ unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens auf den Prüfstand und muss in den Prozess der Veränderung einbezogen werden. Es kommt darauf an, dem neoliberalen Kapitalismus mit seinen dürftigen, eindimensionalen und lebenszerstörenden Normalitätsvorstellungen eine von der Vision des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit inspirierte Praxis des Widerspruchs und des Widerstands, aber auch eines provokativen und kreativen Aufbruchs in eine andere mögliche Welt entgegenzustellen.

Wir müssen uns also mit der Frage auseinandersetzen, wie diese aussehen und wie sie erreicht werden kann. Dies jedenfalls sind Fragen, die uns viele Kirchen des Südens und die ökumenischen Organisationen vorlegen. Sie werden auch in anderen Glaubensgemeinschaften gestellt, mit deren befreienden Kräften, wir uns verbünden müssen, wie dies im Colloquium 2000 geschehen ist. Das Nein zum Götzendienst des Kapitalismus und das Ja zum Gott des Lebens und der Befreiung eröffnen jedenfalls Horizonte für die Suche nach einer Welt ‚jenseits‘ der Logik der vermeintlich unbegrenzten und unendlichen Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen.

Dabei geht es um ein neues Paradigma wirtschaftlichen und politischen Handelns:

Ökonomisch geht es um Wirtschaften im Dienst des Lebens aller und der Schöpfung. Dieses neue Paradigma orientiert sich nicht an dem irrationalen Zweck der Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen, sondern an den Lebensbedürfnissen der Menschen und der Schöpfung als eines lebendigen Organismus. Es zielt auf den Gebrauch der zum Leben nötigen Ressourcen und der Früchte gemeinsamer Arbeit für die Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Menschen und der Mitwelt.

Praktisch wird dies in einer Doppelstrategie. Dabei müssen dem herrschenden System Energien entzogen werden, z.B. durch Strategien der Verweigerung und des Boykotts sowie der Zerstörung von Mythen und Lügen des Systems in den Köpfen der Menschen. Gleichzeitig müssen wir versuchen, im Widerstand gegen Enteignungsstrategien wie der Privatisierung wichtiger Lebensgüter und in Ansätzen einer solidarischen und ökologischen Sozialwirtschaft Politik und Wirtschaft in den Dienst des Lebens zu stellen.

Politisch geht es um die Organisation des Zusammenlebens der Menschen in gegenseitiger Anerkennung und Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Dieses Paradigma orientiert sich nicht an der alternativlosen Unterwerfung unter vermeintliche ‚Sachzwänge‘, sondern an der Fähigkeit von Menschen, ihr Zusammenleben, partizipatorisch und gewaltfrei zu gestalten. Dabei geht es um gewaltloses Leben im

Alltag vor Ort und darum, Bündnisse gegen die strukturelle ökonomische, politische und kulturelle Gewalt und die mit ihr verbundene Militarisierung und atomare Bedrohung zu initiieren. Dies alles zielt darauf ab, dass Menschen ihr Zusammenleben solidarisch gestalten können.

Kulturell geht es um die Ablösung eines Bildes vom Menschen als ‚Herrn‘ und ‚Eigentümer‘, der sich als ‚homo oeconomicus‘ in Konkurrenz zu anderen vermarktet und ‚eigenverantwortlich‘ sein Leben sichert. Statt dessen orientiert sich ein neues Paradigma am Menschen als einem Beziehungswesen, das in solidarischen Gemeinschaften und im Einklang mit der Schöpfung lebt. Die Beziehung umfasst alle Menschengeschwister sowie das gemeinsame Leben in der einen Welt. Mit allen teilen wir das gemeinsame Recht auf Leben und Anerkennung. Wenn ein Glied der Menschheitsfamilie leidet, leiden alle mit. Der Anschlag auf die Würde eines Menschen ist ein Anschlag auf die Würde der Menschheit. Und auch das Leiden der Schöpfung schreit nach Befreiung von „Sklaverei und Verlorenheit“ (Röm 8,21).

Die Hauptaufgabe des ÖNiD sehen wir darin, sich immer wieder neu darüber zu verständigen, wie wir die Wirklichkeit kapitalistischer Globalisierung erleben, wie wir sie im Kontext jüdisch-christlicher Tradition beurteilen, wo wir widersprechen und uns widersetzen müssen und welche verwandelnde lebensfördernde Praxis wir aus unserem Widerspruch und Widerstand entwickeln können. In Kommunikation mit Menschen aus Ländern der Zweidrittelwelt, im Austausch unserer politischen und theologischen Analysen können wir unsere Kompetenzen und unsere Hoffnung stärken. So kann es uns um so besser gelingen, Anfragen und Kritik aus der Ökumene und dem „globalen Süden“ auch in unserem Land auf die Tagesordnung zu setzen und so eine deutlichere und entschiedenerere Stimme in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und in unseren Kirchen sowie in den weltkirchlichen Zusammenhängen zu werden. Darüber hinaus sehen wir es als eine Aufgabe an, auch den Dialog mit muslimischen Gläubigen zu suchen, die in vielen Fragen unsere Grundüberzeugungen teilen. Dabei könnten Schritte zu einer Ö-

kumene der Religionen getan werden. Ihre Gemeinsamkeit bestände vor allem in der Herausforderung durch das, was Menschen in der einen Welt erleiden müssen.

Über die Kirchen hinaus arbeitet das ÖNiD mit in gesellschaftlichen Bündnissen, die sich gegen die Unterwerfung des Lebens unter das Diktat der Akkumulation des Kapitals wehren. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Bewegung der Sozialforen sowie die Verbindung zu Bewegungen in der Zweidrittelwelt. Inspiriert durch die Bibel können wir uns einbringen und mitarbeiten am Ziel, solidarisch Mensch zu werden. Der Kairos ist da für einen Wandel von einer Kultur des Todes zu einer Kultur des Lebens.

Dieses Papier ist der Versuch zu beschreiben, wo wir gegenwärtig in unserem Bemühen um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung stehen, wie wir die gegenwärtige Situation beurteilen und welche Herausforderungen wir sehen. Auf dieser Grundlage vereinbaren die Ökumenischen Netze praktische Arbeitsschwer-

punkte, gehen im gegenseitigen Austausch ihren Weg miteinander und reflektieren dabei immer wieder neu ihre Sicht der Wirklichkeit im Zusammenhang der jüdisch-christlichen Tradition. So finden wir neue Orientierung für unsere Praxis in unseren gesellschaftlichen und kirchlichen Zusammenhängen.

Alle Gruppen und Einzelpersonen, die unser Anliegen teilen, laden wir ein, mit uns zusammen in einer Welt, die durch die „alles bestimmende Wirklichkeit“ des Kapitalismus von Zerstörung bedroht ist, Wege zu Gerechtigkeit, Frieden und der Bewahrung der Schöpfung zu suchen. In der gegenwärtigen Situation heißt das vor allem den Herrschaftsansprüchen des Kapitalismus zu widerstehen und sich für Alternativen des Lebens gegen tödliche Bedrohung einzusetzen. So kann es uns gelingen, das Engagement der ökumenischen Basis zu vertiefen und zu verbreitern und ihm so ein größeres Gewicht in der gesellschaftlichen und kirchlichen Öffentlichkeit zu geben.

Das Ökumenische Netz in Deutschland (ÖNiD) hat den hiermit vorgelegten Text in einem einjährigen Diskussionsprozess erarbeitet und auf seiner Tagung am 29.10.06 in Mannheim in dieser Form angenommen. Als „work in progress“ soll er dabei helfen, die eigene Grundposition klarer zu bestimmen, und zur Weiterarbeit anregen.

Das ÖNiD ist die selbstgewählte Kooperations- und Koordinationsebene der Ökumenischen Netze, Institutionen, Organisationen, Gruppen und Einzelnen, die in der Gesellschaft und in den Kirchen Deutschlands für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung arbeiten. Es ist kein Organ einer Kirche; sondern ein Zusammenschluss, der sich als Teil der Kirche und zugleich als Gegenüber zu den institutionellen Formen von Kirche sieht.

Im Rahmen des ÖNiD arbeiten derzeit folgende Fachgruppen und ad hoc – Gruppen:

- Frieden heute
- Wirtschaften im Dienst des Lebens als Bekenntnisprozess der Kirchen
- Gemeindeökonomie
- Dem fairen Handel eine faire Chance
- EU-Verfassung
- Dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu (Hermannstadt), Rumänien.

Kontaktbüro für das ÖNiD:
Michael Held

Arbeits- und Koordinierungsstelle PRAKTISCHE SCHRITTE
für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Simon-Haune-Str. 15 36251 Bad Hersfeld

T. 06621-620186 mail: A-P-S@gmx.de <http://www.ecunet.de>